

WELTWOCH.CH

Diese Woche

Vom Untergang des Freisinns

Markus Somm

Kein Präsident, schlechte Bundesräte und ein gutes Programm, das niemand umsetzt: Wenn die FDP so weitermacht, wird das Undenkbare denkbar: dass sie einfach verschwindet und es am Ende nur noch die SVP gibt. Eine Prognose.

Für den oberflächlichen Betrachter war die vergangene Woche eine gute Woche für die FDP. Die SVP lehnt die Personenfreizügigkeit mit den neuen EU-Oststaaten ab und kappt damit, aus Sicht des Freisinns, die Beziehungen zur «Wirtschaft». Und die FDP des Kantons Zürich getraut sich endlich, ihren zu Alleingängen neigenden Nationalrat Filippo Leutenegger in den Senkel zu stellen (Leutenegger ist Verlagschef der Jean Frey, die auch die Weltwoche herausgibt.) Man warf ihn zwar nicht gerade aus dem Vorstand, doch alles wurde vorbereitet, um es bei nächster Gelegenheit zu tun. Und diese wird kommen, sobald Leutenegger, bewusst oder unbewusst, abermals eine Position der SVP vertritt, während seine Partei das Gegenteil tut – wie es jetzt bei der neuen Zürcher Verfassung zu beobachten war. Die SVP lehnt diese ab, die FDP heisst sie gut, Leutenegger will sie versenken.

Tatsächlich bedeuten die beiden Ereignisse jedoch alles andere als eine gute Woche: Sie offenbaren eine der wesentlichen Schwächen einer einst selbstbewussten Partei. Bei der Frage der Personenfreizügigkeit wirkt der Freisinn wie ein schadenfreudiger Hausbesitzer, der sich die Hände reibt, wenn es beim Nachbarn durchs Dach regnet – und dabei nicht realisiert, dass sein eigener Keller unter Wasser steht. Die Partei ist besessen von ihrem Gegner SVP, und fast stellt sich Mitleid ein, wenn man sieht, wie beflissen, aber wenig durchdacht die FDP die SVP zu kopieren versucht.

Im Glauben, die SVP sei nur erfolgreich, weil sie geschlossen auftritt, übersieht der Freisinn einen entscheidenden Punkt. Geschlossenheit ist nur richtig, wenn zuvor eine gründliche inhaltliche Auseinandersetzung um die Linie der Partei stattgefunden hat. Weder bei der neuen Kantonsverfassung noch bei der Personenfreizügigkeit, insbesondere bei den flankierenden Massnahmen gegen Lohndruck, die man einführen will, um die Gewerkschaften zu besänftigen, ist das geschehen. Aus liberaler Sicht hätte es hier Diskussionsbedarf gegeben – oder wie der Engländer zu sagen pflegt: Vernünftige Leute können hier aus vernünftigen Gründen unterschiedlicher Meinung sein. Wenn eine liberale Partei geschlossen für unliberale Projekte einsteht, ist das allemal schädlicher als die Pirouetten einiger Abweichler.

Die Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz (FDP) ist 1894 formell gegründet worden, nachdem die «freisinnige Grossfamilie» in wechselnder Organisation schon seit den 1830er Jahren die Politik der Schweiz dominiert hatte. Gut hundert Jahre später ist das Undenkbare denkbar geworden: Wenn die FDP so weitermacht, wird es sie vielleicht in zehn, fünfzehn Jahren als ernstzunehmende Kraft nicht mehr geben. Der Reihe nach: Ein Jahr nachdem die FDP die letzten eidgenössischen Wahlen verloren hat und sich gezwungen sah, der SVP einen zweiten Sitz in der Regierung zu überlassen, ist sie ohne Zweifel jene Partei, die sich am schlechtesten von der Wende erholt hat. Die Lage ist ernst, ja es ist kaum eine Übertreibung, wenn man feststellt: In einem kritischeren Zustand befand sich der Freisinn seit 1919 nicht mehr, als er in den ersten Wahlen nach dem Krieg auf einen Schlag 45 von 105 Sitzen im Nationalrat einbüsste.

Magere Auswahl fürs Präsidium

Wer heute mit Freisinnigen redet, erhält den Eindruck einer kollektiven Depression. «Miserabel», «desaströs», «unerträglich» sei der Zustand, in dem sich die Partei befinde, heisst es – so zitiert werden möchte jedoch keiner. Dabei denken die Gesprächspartner nicht einmal an die ausbleibenden Erfolge. Seit den eidgenössischen Wahlen hat die FDP bei jeder kantonalen Wahl weitere Sitze

verloren (Uri, Schwyz, St.Gallen, Thurgau, Basel-Stadt, Schaffhausen). Im Vordergrund steht eher Zwischenmenschliches. Das Klima in der Bundeshausfraktion ist frostig, die einen grüssen einander nicht, andere bleiben tagelang der Session fern, weil sie sich nicht mehr wohl fühlen, längst tobt ein Machtkampf. Dass etliche Freisinnige am letzten Tag der Dezember-Session nicht einmal die Schlussrede des Nationalratspräsidenten Jean-Philippe Maitre anhören mochten, sondern wie schlecht erzogene Schüler vorzeitig aus dem Saal stürmten, das war für eine gestandene Freisinnige ein schwer erträglicher Anblick. «Wir waren immer so stolz darauf, dass wir Anstand haben.»

War die FDP früher bekannt dafür, ihre Auseinandersetzungen langweilig, aber korrekt abzuspielen, galt es früher als Zeichen echter Liberalität, unterschiedliche Auffassungen geradezu freudig zu begrüssen, ist heute ein äusserst gehässiger und intoleranter Ton in die Fraktion eingezogen. «Wir haben schwierige Zürcher», versucht ein Parlamentarier den Klimasturz zu erklären, und betont, dass er damit «weiss Gott nicht bloss Filippo Leutenegger» gemeint haben will. Andere regen sich fürchterlich über die Welschen auf, insbesondere die vier übrig gebliebenen Vertreter der Liberalen Partei, die man anfangs gerne aufgenommen hat, um die dezimierte FDP-Delegation zu verstärken. Heute ist das Bedauern gross. «Sie machen zehn Prozent der Fraktion aus, beanspruchen aber 40 Prozent der Redezeit. Das sind Dauerschwätzer.» Dass dies überhaupt möglich ist, schreibt der Freisinnige dem «übertriebenen Minderheitenschutz» zu, den seine Partei «politisch korrekt» betreibt.

Selbstverständlich hat der überraschende Rücktritt des Parteipräsidenten Rolf Schweizer, der erst im Frühling an die Spitze gewählt worden war, die FDP in ihrer Selbsttherapie um Monate zurückgeworfen. Vordergründig war es Schweizer gelungen, mehr Ruhe in die Partei zu bringen. Und natürlich haben alle Parteien nach dem politischen Erdbeben des 10. Dezember 2003 Antrittsschwierigkeiten gezeigt – selbst die siegreiche SVP. Trotzdem geht die Krise tiefer, was sich nicht zuletzt daran zeigt, dass die Partei mittlerweile bereits zum vierten Mal einen Nachfolger für ihren langjährigen Präsidenten Franz Steinegger sucht, der das Amt 2001 aufgegeben hatte – mit zunehmender Verzweiflung, weil immer weniger Leute in Frage kommen und immer sichtbarer wird, wie ausgezehrt diese ehemalige Elitepartei inzwischen ist. Noch diesen Freitag will die Geschäftsleitung der Partei eine Empfehlung abgeben, ob sie lieber den Tessiner Fulvio Pelli an der Spitze sähe oder den Luzerner Georges Theiler. Im April entscheidet die Delegiertenversammlung. Weil dieser Empfehlung einige Bedeutung zukommt, verbrachten die Freisinnigen die Festtage am Telefon: Man setzte unter Druck, warb und drohte. Der rechte Flügel wehrt sich gegen Pelli, dem man Etatismus vorwirft. Theiler gilt als weniger verdächtig, man hält ihn für wirtschaftspolitisch liberal. Umgekehrt macht dies den linken Flügel stutzig, weil man befürchtet, Theiler entpuppe sich als Marionette der Rechten. Begeistert ist niemand über die Auswahl. Theiler wirkt in seinen Auftritten etwas ruppig und unfreiwillig komisch, Pelli hat den Ruf, Leute übel zusammenzustauchen und nur für sich selbst zu schauen. Laura Sadis, eine neue Tessiner Nationalrätin, sei seine Spionin, behaupten Pelli's Gegner. In allen Gremien, die ihm nützen, versuche er sie als Aufpasserin zu platzieren. Was dem Tessiner Anwalt bei der Findungskommission, die den Präsidenten sucht, gelungen ist, während es ihm im Fall der Geschäftsleitung missriet. Anstelle von Sadis rückte ausgerechnet Pelli's bestgehasste Rivalin aus dem Tessin, Staatsrätin Marina Masoni, ins oberste Parteigremium.

Zwei Sorgenkinder im Bundesrat

Das sind aber bei weitem nicht die einzigen personalpolitischen Sorgen des Freisinns: Bundesrat Pascal Couchepin, ein geistreicher, aber oberflächlicher Autokrat, hat sich längst von der Partei verabschiedet. Ob man ihn in der FDP liebt oder hasst, ist ihm egal. Ob er der Partei hilft oder schadet, es lässt ihn kalt. Als er im vergangenen Herbst via NZZ am Sonntag die bisher schärfste Attacke gegen Christoph Blocher ritt – ohne jede Vorwarnung der Partei – wurde er tags darauf in einer Aussprache heftig kritisiert. Sechs, sieben Freisinnige machten ihm schwerste Vorwürfe. Doch der König von Martigny musste darob nur lachen und liess die Kritik der Parteifreunde abtropfen. Unbesiegt strebte er aus dem Sitzungszimmer und wandte sich heiter an die draussen wartenden

Journalistengruppe: «Ja, was wollen die denn mit mir machen?» Bundesrat Couchepin macht, was Bundesrat Couchepin will – und Bundesrat Couchepin bleibt so lange Bundesrat, wie es Bundesrat Couchepin passt.

Was manche Freisinnige fast physisch nicht mehr ertragen können, ist die inzwischen berüchtigte Unart Couchepins, umstrittene Vorschläge wie etwa eine Erhöhung oder Flexibilisierung des Rentenalters zu lancieren, ohne nachher in der Lage zu sein, Einwände der Gegner zu kontern. Stattdessen wird deutlich: Er beherrscht die Materie nicht, die Provokation erfolgte ohne eine sorgfältige Vorbereitung. Wenn «neoliberal» mittlerweile zum Synonym geworden ist für dumme, unüberlegte Aussagen, so liegt das auch an Couchepin, der es seinen Gegnern so leicht macht. Wer dem etablierten Konsens vorauseilt, muss – auch wenn er Recht hat – härter arbeiten als die Konkurrenz.

Belastet ist schliesslich das Verhältnis der Partei zum zweiten freisinnigen Bundesrat, Hans-Rudolf Merz, wenngleich aus anderen Gründen. Man ist masslos enttäuscht. Im Gegensatz zu Couchepin liegt das Problem nicht im Ideologischen. Merz hat sicher keine etatistischen Neigungen, ausgeprägt ist bei ihm jedoch das Bedürfnis nach Harmonie. Er hält es nicht aus, in die Minderheit versetzt zu werden – und gleicht darin der eigenen Partei. Dass ausgerechnet der Appenzeller, dessen drahtige, römische Physiognomie so gut zum rhetorisch brillanten Ständerat passte, der nichts anderes verlangte als Sparen, Sparen und noch einmal Sparen – dass der gleiche Politiker so rasch der fiskalistischen Logik seiner Beamten erliegt – das hat niemand erwartet. Schlimmer für die Partei ist, wie sie damit umgeht: Statt Merz zur Rechenschaft zu ziehen, schont sie ihn.

An einem Samstag kurz vor Weihnachten traf sich in Bern die freisinnige Fraktion, um das Budget zu beraten, das ihr Finanzminister vorgelegt hatte. Angesichts der Tatsache, dass Merz seinen Parteifreunden eine Neuverschuldung von vier Milliarden unterbreitete, müsste man denken, der Fall wäre klar für eine Partei, die «gesellschaftspolitisch offen», aber «finanzpolitisch konsequent» sein möchte. Ein solches Budget darf sie unter keinen Umständen akzeptieren. Fabio Abate, der stets elegant gekleidete Anwalt aus dem Tessin mit der schönen Brille, hatte das Geschäft zu vertreten. Zum enttäuschenden Budget fielen ihm bloss zwei Dinge ein. Erstens: Da ja die SVP schon so viele Kürzungsvorschläge vorgelegt habe, könne nun nicht auch noch die FDP damit kommen. Man wolle schliesslich nicht einfach der SVP nachrennen. Zweitens: Man könne doch Merz nicht im Regen stehen lassen; man müsse ihm helfen.

Falsche Rücksichten

Deutlicher hätte Abate nicht offenbaren können, woran die FDP krankt. Es ist nicht die Personalpolitik, nicht das Marketing, nicht das Geld, nicht die Globalisierung oder das Ende des Kalten Krieges: Die Partei denkt gar nicht mehr politisch, sondern reagiert bloss auf Umstände, die nichts mit ihrer Mission zu tun haben. Ob sich Merz gut oder schlecht fühlt, darf sie nicht kümmern, wenn es darum geht, Ziele durchzusetzen, die sie selbst als erstrangig ausgegeben hat («finanzpolitisch konsequent»). Was die SVP tut oder unterlässt, ist ebenfalls zweitrangig. Sollte sie zufällig die gleiche Linie vertreten wie die FDP, umso besser – alle anderen Bedenken entspringen bloss verletzter Eitelkeit («keinesfalls der SVP nachrennen»). Wegen notorischer Wirkungslosigkeit hat die FDP Abate inzwischen zwar die führende Rolle in der Finanzkommission entzogen, und trotzdem kam es an jenem Samstag, wie es kommen musste. Die FDP-Fraktion stimmte dem Budget praktisch geschlossen zu.

Derlei Kopflösigkeit bei einem selbstdeklarierten Kernthema ist längst symptomatisch für eine Partei, die in den vergangenen Jahren erdulden musste, wie eine andere bürgerliche Partei unaufhaltsam auf ihre Kosten wuchs. 1983 sassen 54 Freisinnige im Nationalrat, die SVP brachte es auf 23 Mandate. Zwanzig Jahre später haben sich die Kräfteverhältnisse auf den Kopf gestellt: Während jetzt bloss noch 36 Freisinnige im Nationalrat sitzen, ist die Abordnung der SVP auf 55 Vertreter angewachsen.

Eine ähnliche Entwicklung fand gleichzeitig im Kanton Zürich statt, der wichtigsten freisinnigen Hochburg. 1991 sass die FDP mit 50 Politikern im Kantonsrat, die SVP stellte 37. Ein gutes Jahrzehnt später sitzen heute nur noch 29 Freisinnige im kantonalen Parlament, während es die SVP auf 61 Vertreter bringt.

Angesichts des schwerfälligen Parteiensystems der Schweiz ist das ein spektakulärer Wandel. Was sind die Ursachen? Auch wenn es sozialliberal veranlagte Freisinnige nicht gerne hören und sie sozialdemokratische Journalisten darin bestärken: Die FDP hat kein Problem an ihrem linken Rand, sondern die Wähler laufen ihr rechts davon. Manche Beobachter glauben, das habe mit dem EWR und der Europa-Frage zu tun und sei unausweichlich gewesen. Immer war die FDP gespalten zwischen Europa-Freunden und EU-Skeptikern, sie konnte nicht wie die SVP einen klaren Anti-EU-Kurs verfolgen. Deshalb verlor sie zwangsläufig die «nationalistisch» oder «isolationistisch» eingestellten Wähler.

Das ist nicht falsch, lässt aber eine unangenehme Tatsache ausser Acht. Der Niedergang der FDP setzte vor 1992 ein – vor der Abstimmung über den EWR. Bereits 1991 verlor die Partei in den Nationalratswahlen sieben Mandate, aber nicht an die SVP, sondern an die Freiheitspartei, eine rechtsliberale Abspaltung. Mit andern Worten, etlichen ihrer Wähler war die FDP schon damals zu «links». Tatsächlich bedeuteten die achtziger Jahre eine Zeit linker Hegemonie: In Umweltfragen, Gleichstellung und Friedenspolitik trieben die SP und die Grünen die Bürgerlichen vor sich her.

Unter diesem Eindruck öffnete sich auch der Freisinn für solche Anliegen und lud jeden ein, in der FDP mitzumachen. Eine gewisse Panik mag bei dieser Charmeoffensive mitgespielt haben: Viele freisinnige Väter erlebten damals, wie ihre Söhne und Töchter automatisch der Linken zuströmten. Aktiv bemühte man sich insbesondere um mehr Frauen – als Wählerinnen, aber ebenso zur Besetzung zahlloser Ämter. Da viele bürgerliche Frauen eher sozialliberal eingestellt sind, stärkte dies interventionistische Neigungen in einer Partei, die zuvor den Sozialstaat vor allem als Kostenfaktor angesehen hatte. Die Partei wurde breiter, die liberale Gesinnung dünner. Elisabeth Kopp wurde Bundesrätin, weil sie in Zumikon als grüne Freisinnige gegolten hatte und die FDP eine Frau portieren wollte, um der Frauenpartei SP zuvorzukommen.

Hartnäckiges Herren-Syndrom

Vor diesem Hintergrund wird erst verständlich, warum der Freisinn blindlings ins Verderben der EWR-Abstimmung lief. Die ideologische Verwirrung hatte längst begonnen. Die Parteileitung gab sich keine Rechenschaft darüber ab, was sie mit dem Beitritt zum Europäischen Wirtschaftsraum von ihren Wählern plötzlich verlangte. Was heute schon fast vergessen ist: Der Freisinn, nicht die SVP, ist die traditionelle Partei des schweizerischen Sonderfalls, und zwar seit je. Schon der Radikalismus des 19. Jahrhunderts, der Kern des Freisinns, war in erster Linie nationalistisch. Der schweizerische Bundesstaat von 1848 war ihr nationales Projekt, und die FDP hat Jahrzehnt für Jahrzehnt den schweizerischen Sonderweg vertreten. Mit durchschlagendem Erfolg, muss man heute anerkennen, wenn man sich die Bilanz der späten achtziger Jahre des 20. Jahrhunderts vor Augen hält. Die Schweiz war damals das reichste, demokratischste und liberalste Land der Welt.

Innert kurzer Zeit versuchte der Freisinn, seine Wähler vom Gegenteil zu überzeugen: dass der Sonderfall dringend relativiert werden müsse und die EU die schweizerische Souveränität besser schütze als die Schweiz selbst. Das konnte nicht gut gehen. Dabei waren die führenden Freisinnigen selbst unsicher. Hinter vorgehaltener Hand räumten manche gegenüber Christoph Blocher vor der Abstimmung ein, dass eigentlich auch sie den EWR ablehnten. Er solle nur machen. Vermutlich verfestigte sich damals die freisinnige Charakterschwäche, das eine zu meinen und das Gegenteil zu tun: Blocher, der dem freisinnigen Establishment 1992 eine so schmerzliche Niederlage bereitet hatte, wurde dermassen wichtig als Gegner, dass er seither die freisinnige Politik indirekt bestimmt. Völlig losgelöst von Inhalten. Statt nach dem EWR mit Blocher den bilateralen Weg einzuschlagen,

setzte eine gekränkte FDP auf linke Verbündete, um gegen Blocher die «Öffnung der Schweiz» vorzubereiten. Für Freisinnige übrigens ein masochistischer Begriff: Wer hielt die Schweiz für «geschlossen» und «verstockt»? Die Linke, wenn sie den Freisinn kritisieren wollte, der das Land ein Jahrhundert lang geprägt und dabei zur weltoffensten Marktwirtschaft gemacht hatte. Nie und nimmer hätte sich eine FDP einer solchen Begrifflichkeit anschliessen dürfen.

Heute sind die Ruinen zu besichtigen. Zwei Dinge fallen auf. Erstens hat die Partei verlernt, inhaltlich zu arbeiten. Noch leidet die FDP unter einer Art Herren-Syndrom: Man glaubt, es nicht nötig zu haben, weil man ja die Macht im Land innehat. Insbesondere das Generalsekretariat der FDP Schweiz, so kritisieren viele Freisinnige, produziere ausser einem substanzlosen Pressedienst mit unablässigen Sticheleien gegen die SVP wenig Brauchbares. Während die Generalsekretariate der SP und der SVP ihren Parlamentariern zu jedem Thema griffige Papiere und perfekt zusammengestellte Hintergrundinformationen bieten, fühlen sich die Freisinnigen unterversorgt. Bemängelt wird die Koordination, die Qualität und Präzision der Geschäftsstelle. Vor kurzem fand deshalb eine Aussprache statt. Was manche irritiert, ist der Umstand, dass sich ausgerechnet der eigene Generalsekretär wie ein Bundesbeamter aufführt. «Dauernd», sagt ein Nationalrat, «liegt uns Schommer in den Ohren, er brauche mehr Leute und mehr Geld.» Ebenso schlecht kommt bei den Parlamentariern an, dass an einer Sitzung der Geschäftsleitung manchmal bis zu elf Mitarbeiter des Sekretariates herumsitzen. «Und meinen Sie, die haben Anstand? Als Staatsrätin Masoni einmal zu spät erschien, fiel keinem der jungen Leute ein, aufzustehen und ihr Platz zu machen.» Masoni drückte sich an die Wand, unter einem Balken des engen Sitzungszimmers im obersten Stock des Berner FDP-Sitzes.

Zweitens hat sich die Partei ideologisch so weit auseinander gestreckt, dass der eine Flügel die SP beinahe berührt – was besonders für die Westschweizer Radikalen gilt (vgl. Artikel auf S.46) –, während der andere, rechte Flügel trotzig versucht, ordnungspolitische Grundsätze hochzuhalten. Doch mit dem Vorwurf, SVP-Politik zu machen, werden die Erben des alten Wirtschaftsfreisinns – auch parteiintern – jeweils rasch zum Schweigen gebracht. In der bürgerlichen Partei FDP gibt es nichts Schlimmeres, als unter dem Verdacht zu stehen, in gewissen Fragen (EU, Schengen, Mutterschaftsversicherung) gleicher Meinung zu sein wie die SVP. Unproblematischer sind sozialdemokratische Auffassungen.

Für diesen besinnungslosen Kampf gegen die SVP hat die FDP einen hohen Preis bezahlt. Wenn ein Wirtschaftsanwalt der Bahnhofstrasse seinen politischen Standort heute als «formell FDP, materiell aber SVP» beschreibt, gibt er eine schizophrene Haltung wieder, die in den wirtschaftsnahen Kreisen Zürichs längst verbreitet ist. Aus Nostalgie oder aus Rücksicht auf den eigenen guten Ruf geben viele zwar vor, nach wie vor FDP zu wählen: Wer möchte nicht als weltoffen gelten, wenn er in der «Savoy»-Bar seinem New Yorker Geschäftsfreund die Schweizer Politik erklärt? Welcher Unternehmer will schon die Ausländerpolitik der SVP vor deutschen Kunden verteidigen?

Doch wenn es draufankommt, bei den Steuern, beim Ausbau des Sozialstaates, ja selbst in der Ausländerpolitik, stimmt man in diesen Kreisen trotzdem mit der SVP – und oft wählt man sie auch. Der Erfolg der SVP an der Zürcher Goldküste und im Kanton Zürich ist anders nicht zu erklären. In vielen Fragen, wo sie führend sein müsste, wirkt die FDP nach wie vor weniger hart als die SVP. Dabei unterschätzt sie die symbolische Dimension der Politik. Angesichts eines Schuldenstandes von 131 Milliarden Franken darf sich eine belagerte FDP nicht erlauben, in Bern ein Budget mit einer Neuverschuldung durchzuwinken.

Noch weniger kann sich die Partei leisten, was sie kürzlich im Kanton Zürich, der politisch am härtesten umkämpften Zone der Schweiz, vorführte: Wochenlang kündigte die FDP Seite an Seite mit der SVP an, dass sie das Budget des Kantons nicht akzeptiere. Am Ende knickte sie ein, wie so oft in den letzten Jahren, und akzeptierte gemeinsam mit der SP, den Grünen und der CVP ein Defizit von 550 Millionen Franken. Nur die SVP lehnte ab. Wenn die FDP nun hofft, die Gunst der «Wirtschaft» zurückzugewinnen, weil die SVP «wirtschaftsfeindlich» entschieden hat, als sie die Personenfreizügigkeit ablehnte, ist das naiv. Solange die FDP finanzpolitisch so unzuverlässig ist,

muss sich die SVP nicht fürchten: Am Ende liegen dem wirtschaftsfreundlichen Wähler tiefere Steuern näher als der polnische Ingenieur.

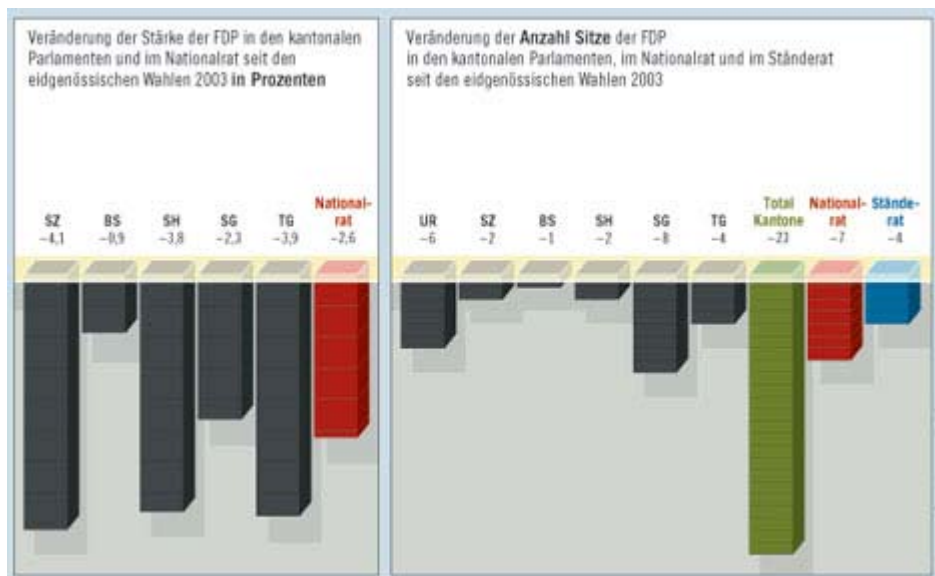
Wie die Rockefeller-Republikaner

Das mag fürchterlich zynisch klingen. Aber ein Vergleich kann verdeutlichen, wo-rum es geht. Die amerikanischen Republikaner waren einmal eine Partei, die in vielem dem heutigen Freisinn glich. Gutausgebildete, weltläufige, sympathische Typen aus den besten Familien der Ostküste, die an den aktiven Staat glaubten und sich nicht kleinlich über die eine oder andere Steuererhöhung aufregten. Man nannte sie die Rockefeller-Republikaner, nach einem ihrer führenden Vertreter, Nelson Rockefeller, der aus jener reichen Familie stammte, die einst die amerikanische Ölindustrie aufgebaut hatte. Noch in den sechziger Jahren befand sich die Partei fest in ihrem Griff, doch in den siebziger Jahren rumorte es zunehmend. Die Basis machte nicht mehr mit. Insbesondere in Kalifornien kam eine radikale Steuersenkungsbewegung auf, als die Weissen feststellten, dass sie mit ihren stetig steigenden Steuern immer mehr arme Latinos versorgten. Kalifornien ist eine direkte Demokratie, und es gelang den Neoliberalen, eine Volksinitiative (bekannt als «Proposition 13») durchzubringen, die eine der wichtigsten Steuern des Bundesstaates empfindlich reduzierte.

«Proposition 13 löste eine Art Bauernrevolte aus, die das ganze Land erfasste, ja die ganze Welt», schreiben John Micklethwait und Adrian Wooldridge in ihrem sehr lesenswerten Buch «The Right Nation», einer Geschichte des amerikanischen Konservatismus: «Die Initiative erinnerte die Amerikaner daran, dass der Unabhängigkeitskrieg ihres Landes mit einer Steuerrevolte begonnen hatte und dass die Politiker Diener des Volkes sind, nicht dessen Herren.» Weitere erfolgreiche Initiativen mit ähnlicher Stossrichtung folgten, schliesslich exportierte das radikalisierte Kalifornien einen seiner ehemaligen Gouverneure nach Washington. Er hiess Ronald Reagan, und er sollte die Bundessteuern senken wie kein Präsident zuvor. Seither kann es sich kein Republikaner mehr leisten, dies nicht zu tun, Bush senior machte das Gegenteil und wurde abgewählt.

Etwa zur gleichen Zeit begannen die Republikaner, ihre demokratischen Antipoden aus dem konservativen Süden zu vertreiben, weil sich diese zu klar für die Bürgerrechte der Schwarzen eingesetzt hatten. Hundert Jahre lang war der Süden eine demokratische Hochburg gewesen; nun wechselte das konservative (und damit auch ein wesentlicher Teil des religiösen) Amerika die Farbe und wurde republikanisch – noch unter Jimmy Carter hatten die Evangelikalen des Südens mehrheitlich demokratisch gewählt. Die beiden Phänomene haben sich inzwischen verschränkt im gegenwärtigen Präsidenten der USA, George W. Bush. Er ist religiös, und er senkt die Steuern wie keiner zuvor. Die amerikanische Business-Welt entpuppte sich dabei als überraschend flexibel: Nach wie vor unterstützt man mehrheitlich die Republikaner, auch wenn diese aus religiösen Gründen die Stammzellenforschung behindern oder die Schwulenehe verbieten wollen. Für tiefe Steuern machen die Unternehmer vieles mit: Morgengebete, Abtreibungsverbote und andere religiöse Marotten.

Was hat diese Geschichte mit der Schweiz zu tun? Es ist vorstellbar, dass es der FDP nicht gelingt, ihren Wirtschaftsflügel zu halten, und dieser am Ende sich der SVP anschliesst. Wird die FDP nicht möglichst rasch ihren Ruf los, im Zweifelsfall eben doch für einen grösseren Staat (Mutterschaftsversicherung) und höhere Steuern (Mehrwertsteuer) zu votieren, und überholt sie in naher Zukunft die SVP finanzpolitisch nicht rechts, treibt sie immer mehr liberale, marktwirtschaftlich orientierte Wähler und am Ende auch solche Politiker in die Volkspartei. Schliesslich gibt es in der Schweiz nur noch eine grosse bürgerliche Partei sowie zwei kleine sozialliberale Debattierclubs, einen katholischen (CVP) und einen atheistischen (FDP). Was bei den Republikanern das Religiöse, ist bei der SVP die Ausländerpolitik: Das schmeckt dem weltoffenen Unternehmer oder Wirtschaftsanwalt nicht – doch will er tiefere Steuern, bleibt ihm nichts anderes übrig, als diese Kröte zu schlucken. Vor die Frage gestellt, was ihnen wichtiger ist: die Schwulenehe (gesellschaftspolitisch offen) oder der Rückbau des Staates (finanzpolitisch konsequent), wählt man in solchen Kreisen das Letztere.



(Infografik: Helmut Germer)

(c) 2005 by Die Weltwoche, Zürich - E-mail: webmaster@weltwoche.ch